

Soziale Medien: Neue Altersgrenzen zum Schutz von Kindern in Europa!

Australien und EU erlassen neue Regeln für Social Media: Altersprüfungen, Schutz der Kinder und digitale Teilhabe im Fokus.



Australien - In einer zunehmend digitalen Welt begibt sich die Europäische Union auf die Suche nach Lösungen, um Kinder vor den potenziellen Gefahren sozialer Medien zu schützen. Eine Reihe von EU-Staaten, darunter Griechenland, Spanien und Belgien, drängt die Kommission, klare Richtlinien für ein Mindestalter bei der Nutzung von Social Media festzulegen. Diese Bestrebungen werden durch aktuelle Entwicklungen in Australien unterstützt, wo ein Gesetz verabschiedet wurde, das Social Media nur für Personen ab 16 Jahren erlaubt. Premierminister Anthony Albanese hebt die Sorgen von Eltern hervor, die sich um die Auswirkungen sozialer Netzwerke auf ihre Kinder sorgen. Die Initiative zielt darauf ab, Kinder vor Gewalt, Cybermobbing und süchtigmachenden Inhalten zu

schützen. **tagesschau.de** berichtet, dass ähnliche Regelungen auch in anderen Ländern diskutiert werden.

In Frankreich ist die Gesetzgebung bereits etwas strenger. Kinder unter 15 Jahren benötigen die Zustimmung ihrer Eltern, um ein Social-Media-Konto zu erstellen. Präsident Emmanuel Macron fordert eine europaweite Altersüberprüfung für soziale Netzwerke, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten. In Deutschland wird der Bundestag demnächst eine Anhörung zur Alterskontrolle in sozialen Medien abhalten. Die Initiative „Smarter Start ab 14“ hat hierbei bereits eine breite Unterstützung gefunden.

Schutz durch den Digital Services Act

Die EU-Kommission arbeitet parallel an einem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA), das künftig Online-Plattformen stärker zur Verantwortung ziehen soll. Dies umfasst auch die Notwendigkeit einer verbesserten Altersüberprüfung auf Plattformen, die Inhalte für Kinder bereitstellen. Verena Holler von der Initiative macht auf den unzureichenden Schutz von Kindern vor schädlichen Inhalten aufmerksam und fordert entschlosseneren Maßnahmen.

Ein zentraler Aspekt des DSA wird die Entwicklung einer neuen EU-App zur Altersprüfung sein. Diese App soll den Zugang zu Online-Inhalten regulieren, ohne die Privatsphäre der Nutzer zu gefährden. Stattdessen wird lediglich das Mindestalter übermittelt. Der Start dieser App ist für den kommenden Sommer vorgesehen. Dänemark wird im Juli die Ratspräsidentschaft übernehmen und plant, den Schutz von Kindern im Internet als wichtiges Anliegen in den Vordergrund zu stellen.

Recht auf digitale Teilhabe

Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) verfolgt einen differenzierten Ansatz. Sie betont das Recht von

Kindern und Jugendlichen auf digitale Teilhabe und eine sichere Erkundung digitaler Räume. Laut Sebastian Gutknecht, Direktor der BzKJ, dürfen Kinder nicht von sozialen Medien ausgeschlossen werden. Ein generelles Verbot für unter 16-Jährige wird als zu weitgehend angesehen. Stattdessen stehen die digitalen Kinderrechte und die Verantwortung der Anbieter im Mittelpunkt. Diese müssen sicherere Plattformen entwickeln und dabei auch die Vorschriften des Jugendschutzgesetzes und des DSA berücksichtigen. **bzkj.de** informiert, dass die BzKJ eng mit Anbietern, Experten und Jugendlichen zusammenarbeitet, um eine sichere Mediennutzung zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aktiv daran arbeiten, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der sowohl den Schutz von Kindern in digitalen Umgebungen als auch deren Recht auf Teilhabe an diesen Medien respektiert. Die Entwicklungen in Australien und die Forderungen in der EU zeigen, dass ein einheitlicher Ansatz für die Sicherheit von Kindern im Internet immer dringlicher wird.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Australien
Quellen	• www.tagesschau.de • www.bzkj.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net